

# Mensch & Politik

Dr. Silke Launert

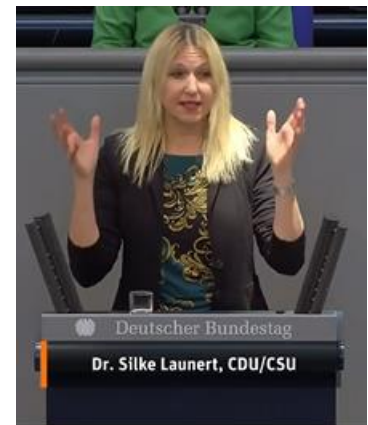


LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 10/24

## Haushaltsprinzip der Bundesregierung: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“

**Berlin.** Ende Januar verabschiedete der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2024. Dabei wurden die Haushaltsberatungen, welche normalerweise schon im vorherigen Jahr abgeschlossen sein sollten, von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2023 überschattet. Die Bundesregierung musste aus diesem Grund noch viele Änderungen vornehmen. Angesichts der Debatte zum neuen Bundeshaushalt sprach Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert im Deutschen Bundestag über die Kürzungen. „Die Bundesregierung verfährt mit dem Bundeshaushalt nach dem Prinzip: ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“, kritisierte sie. „Der Koalitionsvertrag war von Vorhinein nicht durchfinanziert.“



Dies bekommt die Ampelregierung nun zu spüren. Die vorgesehenen Kürzungen seien nur ein Trugschluss, denn sie würden vor allem die arbeitende Bevölkerung treffen. Insbesondere beim Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung soll nun drastisch gespart werden. Bereits 2022 hat die Ampelregierung entgegen den gesetzlichen Regelungen eine Kürzung der Zuschüsse in Höhe von vier Mal jährlich 500 Millionen Euro beschlossen. Nun werden weitere 1,2 Milliarden Euro jährlich für die Jahre 2024 bis 2027 wegfallen – eine Gesamtkürzung von 6,8 Milliarden Euro. Dies erfolgt zu einem kritischen Zeitpunkt, da in den kommenden Jahren viele Babyboomer in Rente gehen werden. Durch die Folgen der Kürzungen würde dies bedeuten, dass die Beiträge zur Rentenversicherung ab 2028 von derzeit von 18,6 auf 18,8 Prozent steigen. „Die arbeitende Bevölkerung wird zur Kasse gebeten! Das ist es also, was SPD, Grüne und FDP unter sozialer Gerechtigkeit verstehen!“, merkte Silke Launert an.



@silkel aunert



@launertsilke



[www.silke-launert.de](http://www.silke-launert.de)

## BERICHT AUS BERLIN

### Habemus Bundeshaushalt 2024

Nach monatelangem zähem Ringen, mit mehreren Extrarunden und dem worst-case-Szenario einer Zeit der vorläufigen Haushaltsführung, haben wir seit 2. Februar 2024 für das laufende Jahr endlich einen Bundeshaushalt. Der Bundeshaushalt 2024 allerdings, wie er von der Ampel-Koalition vorgelegt wurde, erweist sich als ein monumentales Zeugnis politischer Kurzsichtigkeit und Misswirtschaft. Anstatt den gravierenden Herausforderungen unserer Zeit mit Weitsicht und Verantwortung zu begegnen, scheint die Bundesregierung eine Politik der Belastung und der finanziellen Unnachhaltigkeit zu verfolgen.

Trotz der tiefgreifenden globalen Unsicherheiten, die durch den Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Spannungen im Nahen Osten verschärft werden, sowie der drängenden Notwendigkeit, effektive Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, wählt die Regierung einen Pfad, der weder der Verteidigung unserer Freiheit noch der Sicherung unseres Wohlstands dient. Der Fokus auf kurzfristige politische Gewinne und das Festhalten an parteipolitischen Dogmen führen zu einer Haushaltspolitik, die zukünftige Generationen mit enormen Schulden belastet und die soziale und wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gefährdet.

Die Entscheidung, die maximal zulässige Nettokreditaufnahme vollständig auszuschöpfen und dabei durch angebliche "finanzielle Transaktionen" wie die Aktienrente und die Eigenkapitalerhöhung bei der Bahn den Schuldenrahmen kreativ zu erweitern, offenbart ein gefährliches Spiel mit der finanziellen Zukunft des Landes. Anstatt Sparmaßnahmen ernsthaft in Erwägung zu ziehen und die Staatsausgaben kritisch zu hinterfragen, beläuft sich die Neuverschuldung auf schockierende 39 Milliarden Euro, ein deutliches Signal für eine verfehlte Haushaltspolitik. Über 22 Mrd. Euro davon kamen allein in der Bereinigungssitzung hinzu.

Besonders kritisch zu betrachten ist die Ausgabenpolitik der Bundesregierung, die durch eine ineffiziente Verteilung von Ressourcen gekennzeichnet ist. Die massive Ausgabe von fast 40 Milliarden Euro für das Bürgergeld und ähnliche Summen für die Transformation zur Klimaneutralität werden nicht nur als unzureichend in der Erreichung ihrer Ziele kritisiert, sondern auch als Instrumente, die den Anreiz zur Arbeitsaufnahme deutlich mindern und die Lasten ungleich verteilen.

Die vorgelegten Sparmaßnahmen, die in Wahrheit ein "Belastungspaket" für Bürger und Unternehmen darstellen, offenbaren eine politische Strategie, die mehr auf Steuer- und Abgabenerhöhungen als auf echte Einsparungen setzt. Diese Maßnahmen verschärfen die soziale Schieflage und belasten insbesondere Branchen, die bereits unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen leiden, wie die Landwirtschaft und die Luftverkehrswirtschaft. Dabei ist der Bundeshaushalt 2024 mit einem Volumen von 477 Mrd. Euro, noch einmal knapp 20 Mrd. Euro über dem Vorjahresniveau.

Es ist offensichtlich, dass die Ampel-Koalition den dringenden Bedarf an einer zukunftsorientierten, haushaltspolitischen Strategie, die den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerecht wird, ignoriert. Anstatt die Grundlagen für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zu stärken, führt die derzeitige Politik zu einer tieferen Verschuldung, zu wirtschaftlicher Stagnation und zu einem Verlust an Vertrauen in die politische Führung des Landes.

Die Frage, wie lange die FDP diese Richtung der Ampel noch mittragen wird, steht im Raum. Doch wichtiger ist die Frage, wie lange die deutsche Bevölkerung bereit ist, die Konsequenzen dieser kurzfristigen und verantwortungslosen Politik zu tragen. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung ihre Prioritäten neu ordnet, Sparpotenziale ernsthaft auslotet und eine Politik verfolgt, die der Freiheit, dem Wohlstand und der Zukunftsfähigkeit Deutschlands dient.



## BERICHT AUS BERLIN

### Cannabis-Legalisierung: Dr. Silke Launert – Regierung nimmt gesundheitliche Schäden bei Jugendlichen in Kauf

**Berlin.** Nach langer politischer Diskussion hat der Deutsche Bundestag Ende Februar über die kontrollierte Legalisierung von Cannabis in Deutschland entschieden. Demnach wird Erwachsenen künftig im privaten Raum der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis und im öffentlichen Raum von bis zu 25 Gramm für den Eigenkonsum erlaubt sein. Mit dem Gesetz solle der verantwortungsvolle Umgang mit Cannabis erleichtert und damit der illegale Markt eingedämmt werden, um den Kinder- und Jugendschutz zu verbessern, begründet die Ampel-Koalition ihr Gesetzesvorhaben.

Alles andere als verantwortungsvoll sieht hingegen Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert die Legalisierung: „Ich sehe absolut keinen Vorteil, den dieses Gesetz mit sich bringen soll.“ Im Gegenteil: Zusammen mit ihren Fraktionskollegen hält die Abgeordnete die praktische Umsetzung für äußerst bedenklich. Die Einhaltung und Kontrolle sei untauglich für die Praxis, der Vollzugsaufwand immens und einen illegalen Markt werde es nichtsdestotrotz weiterhin geben. Die Möglichkeiten für Polizei und Staatsanwaltschaft würden durch das Gesetz zudem deutlich eingeschränkt, sodass zahlreiche illegale Drogengeschäfte sowie Hintermänner unentdeckt blieben, schildert die CSU-Innenpolitikerin. Überdies seien die künftigen Obergrenzen für den Besitz von Cannabis quasi eine Einladung für Dealer, ihr Drogengeschäft mehr oder weniger offen zu betreiben.

Auch der Deutsche Richterbund sowie der Arbeitskreis der Juristen der CSU (AKJ), welchem auch die ehemalige Betreuungsrichterin Silke Launert angehört, äußerten deutliche Kritik. So sieht der AKJ „mit Sorge“ die gravierende Überbelastung, welche die Justiz in Bayern durch die Amnestieregelung und die damit verbundene Notwendigkeit, eine große Zahl von Verfahren und Akten prüfen zu müssen, treffen werde. Bundesweit sei von einer sechsstelligen Zahl auszugehen, führt der Arbeitskreis in einer von ihm verabschiedeten Resolution, welche auch Silke Launert aktiv unterstützt, aus. Angesichts großer Herausforderungen eines zunehmenden Extremismus in der Gesellschaft sei es verantwortungslos, der ohnehin stark belasteten Justiz eine solche Zusatzbelastung aufzubürden, deren Sinn und Zweck in der Rückabwicklung bereits rechtskräftiger Urteile liegt.

„Ich rechne außerdem damit, dass durch die Legalisierung noch mehr Jugendliche Cannabis konsumieren. Mit der Legalisierung wird das Zeichen gesetzt: „So gefährlich wird Cannabis schon nicht sein, wenn sein Konsum erlaubt ist“, ergänzt Launert. Die Folgen dieses Signals seien fatal. Denn wissenschaftlich erwiesen ist: gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann der Konsum irreparable Schäden bei der Entwicklung des Gehirns verursachen. Cannabis beeinträchtigt dabei nicht nur Gedächtnis- und Lernleistungen sowie die Aufmerksamkeit, sondern kann bei vulnerablen Personen Psychosen auslösen. „Anstatt Kinder und Jugendliche zu schützen, aufzuklären und präventiv vorzugehen, nimmt die Regierung gesundheitliche Schäden sehenden Auges in Kauf“, so Launert abschließend.

*Hinweis:* Der vollständige Text der vom Arbeitskreis Juristen der CSU verabschiedeten Resolution ist unter folgendem Link abrufbar:

[https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/parteiarbeit/akj/Resolution\\_CanG.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/parteiarbeit/akj/Resolution_CanG.pdf)



## BERICHT AUS BERLIN

### Ampel beschließt Senkung der Einbürgerungsvoraussetzungen

**Berlin.** „Die Einbürgerung hat nicht am Anfang der Integration, sondern am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses zu stehen! Echte Integration braucht Zeit!“ Mit sehr klaren Worten positioniert sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Silke Launert gegen die von der Ampel-Koalition Mitte Januar beschlossenen Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht. Mit dem Gesetz wird der Zugang zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit ganz erheblich erleichtert. So werden die Mindestaufenthaltszeiten, nach deren Ablauf eine Einbürgerung erfolgen kann, auf fünf Jahre (zuvor waren es acht) beziehungsweise auf drei Jahre (zuvor fünf Jahre) im Falle von besonderen Integrationsleistungen gesenkt. Darüber hinaus werden die Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes reduziert und die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit eingeführt. Zudem wird die Einbürgerungsvoraussetzung einer „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ gestrichen. Nach der Neuregelung muss sich von nun an, wer die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten will, zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges, bekennen. Der Union geht das nicht weit genug: Sie forderte in einem entsprechenden Antrag die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit unter anderem von dem ausdrücklichen Bekenntnis zum Existenzrecht Israels abhängig zu machen.

Mit der Absenkung der Mindestaufenthaltszeiten setze die Ampel-Koalition erneut ein völlig falsches Signal und gehe auf ignorante Weise an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei, so Launert in ihrer zugehörigen Stellungnahme. Nach fünf beziehungsweise im Falle von besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren von „nachhaltiger Integration“ zu sprechen, sei absolut nicht überzeugend. Innerhalb dieses kurzen Zeitraums könnten die Voraussetzungen einer nachhaltigen Integration gar nicht hinreichend erfüllt sein, so die Abgeordnete weiter. Die Voraussetzungen der Einbürgerung derart herabzusenken – mit all den damit verbundenen weitreichenden Konsequenzen auch für den Staat – sei wieder einmal ein fataler Schritt von SPD, Grünen und FDP in die völlig falsche Richtung.

### Schutz vor Kindesmissbrauch und Terroranschlägen: Ampel-Koalition verweigert Umsetzung des EuGH-Urteils zur IP-Adressen-Speicherung

**Berlin.** Arbeitsverweigerung, Skandal, Sicherheitsrisiko – das sind nur einige der Worte, welche die Unionsfraktion für die mangelnde Umsetzung des EuGH-Urteils zur Speicherung von IP-Adressen findet. Dabei geht es um nichts weniger als den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch sowie der Verhinderung von Terroranschlägen. Zum Hintergrund: Vor bereits mehr als eineinhalb Jahren urteilte der EuGH, dass zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eine Speicherung der IP-Adressen unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen zulässig ist. Mithilfe der sogenannten IP-Adresse (ähnlich einem temporären „digitalen“ Autokennzeichen) kann der Nutzer des betreffenden PCs zurückverfolgt werden. Nicht nur die Union, auch Praktiker kritisieren die mangelnde Umsetzung durch die Ampel massiv. „Die IP-Adresse ist sehr häufig die einzige Spur zum Täter. Alles, was uns derzeit übrig bleibt, ist uns auf ausländische Dienste zu verlassen. Das ist eine Schande! Datenschutz steht für SPD, Grüne und FDP ganz offensichtlich über dem Kinderschutz und über dem Schutz unserer Bürger vor Terroranschlägen“, resümiert die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert und fordert: „Frau Bundesinnenministern, schützen Sie endlich unsere Kinder, schützen Sie endlich unsere Bürger und setzen Sie das Urteil des Europäischen Gerichtshof so schnell wie möglich um!“



## BERICHT AUS BERLIN

### Harte Kritik der Union an „Rückführungsverbesserungsgesetz“ der Ampel

**Berlin.** Die Worte vonseiten der Union lassen an Deutlichkeit nichts missen: „Rohrkrepiierer“ ist dabei nur eine Bezeichnung, die aus Sicht von CDU und CSU, das von der Ampel-Koalition verabschiedete „Rückführungsverbesserungsgesetz“ zutreffend beschreiben. Das Gesetz trage eine „klare grüne“ Handschrift“, heißt es weiter. Mit dem Mitte Januar verabschiedeten Gesetz wollen SPD, Grüne und FDP Abschiebungen vereinfachen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Koalition gleich mehrere gesetzliche Änderungen beschlossen. So wurden unter anderem die Durchsuchungsmöglichkeiten für die Polizei erweitert. Beamten dürfen nun auch andere Räume als das Zimmer des Abschiebungspflichtigen durchsuchen. Zudem ist die Abholung von Betroffenen jetzt auch zur Nachtzeit möglich. Darüber hinaus müssen Abschiebungen künftig nicht mehr angekündigt werden, sofern nicht Familien mit Kindern unter zwölf Jahren betroffen sind. Widerspruch und Klage gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote haben künftig ferner keine aufschiebende Wirkung mehr. Der Ausreisegewahrsam wurde von 10 auf 28 Tagen verlängert.

Während des parlamentarischen Verfahrens wurden noch zwei Änderungen eingefügt, von denen eine ganz besonders im Zentrum der Kritik steht. So soll Betroffenen nach vollständigem Durchlaufen des bereits erfolglosen Asylverfahren im nachfolgenden Verfahren zur Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsams ein Pflichtverteidiger zur Seite gestellt werden. Außerdem dürfen Minderjährige und Familien mit Minderjährigen grundsätzlich nicht in Abschiebehaf genommen werden.

Demjenigen, welcher das rechtsstaatliche Asylverfahren bereits vollständig durchlaufen habe, auf Kosten des Staates einen Pflichtverteidiger beim nachfolgenden, das rechtsstaatlich festgestellte Ergebnis umsetzenden Ausreisegewahrsams zu stellen, sei absolut nicht nachzuvollziehen. Hierdurch käme es nicht nur zu erheblichen Verzögerungen, sondern der Betroffene erhalte genau zu dem Zeitpunkt, zu dem er angehört werde, Akteneinsicht. Folglich erlange der Betroffene Kenntnis von seiner bevorstehenden Inhaftierung und könne untertauchen, um sich der Abschiebung entziehen, heißt es hierzu von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert äußert massive Kritik: „Was ist aus der großen Ankündigung des Bundeskanzlers, abgelehnte Asylbewerber „im großen Stil abzuschieben“, geworden? Ganz offensichtlich fehlte es Olaf Scholz wieder einmal an Durchsetzungskraft. Wieder einmal konnte sich damit die grüne Linie in der Asylpolitik durchsetzen. Es brodelt gewaltig in der Gesellschaft. Das Sprengpotenzial ist massiv. Und in ebendieser Gemengelage verabschiedet die Ampel ein Gesetz, das seinem Namen nicht einmal im Ansatz gerecht wird. Wenn selbst die Justizministerin aus Baden-Württemberg sich wegen der Neuregelungen besorgt an die Bundesinnenministerin wendet und vor einer sinkenden Zahl erfolgreicher Rückführungen warnt, dann ist das doch mehr als ein deutliches Zeichen! Was wir brauchen, sind echte Verbesserungen, wie etwa eine Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei für Rückführungen, die Erweiterung der Liste mit sicheren Herkunftsländern und die Kürzung von Leistungen für Ausreisepflichtige. Deutschland ist mit seinen hohen Sozialleistungen ein Magnat für irreguläre Migration. Da müsste die sogenannte „Fortschrittskoalition“ ran. Aber solange die grüne Linie weiter dominiert, können wir darauf wohl noch lange warten.“

## BERICHT AUS BERLIN

### Druck der Union zahlt sich aus: Bezahlkarte für Flüchtlinge kommt

**Berlin.** Eigentlich war alles schon beschlossene Sache. Die sechzehn Bundesländer hatten bereits im November letzten Jahres zugestimmt, der Bundeskanzler persönlich eine zügige Umsetzung zugesagt. Doch eine bundeseinheitliche Regelung für die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge ließ weiter auf sich warten. Denn die Grünen weigerten sich trotz vorliegendem Koalitionsbeschluss, das Asylbewerberleistungsgesetz entsprechend zu ändern. Zum Hintergrund: Mit der Bezahlkarte können Asylbewerber in Geschäften bezahlen und so die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens decken. Überweisungen ins Ausland sind indes nicht möglich.

„Mit der Bezahlkarte können wir den Anreiz, ohne Asylgrund nach Deutschland zu kommen, erheblich senken. Aber wieder einmal blockieren die Grünen eine sinnvolle und vor allem dringend notwendige Maßnahme in der Migrationspolitik. Diese Blockadehaltung ist ein Schlag vor den Kopf der Kommunen, die schon seit langem an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen sind“, kritisierte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikern Dr. Silke Launert die Grünen.

Auch Ende Februar hielten diese weiterhin an ihrer Blockadehaltung fest, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu veranlasste, eine Aktuelle Stunde im Bundestag zu dem Thema einzufordern. Anfang März lenkten die Grünen dann nach langem Hin und Her tatsächlich doch noch ein und stimmten der Einführung zu. „Der Druck der Union hat sich ausgezahlt. Nichtsdestotrotz ist es einfach ein Trauerspiel, wie die Regierung es nicht schafft, dringend erforderliche Vorhaben zügig auf den Weg zu bringen und sich stattdessen immer und immer wieder in Streitigkeiten verstrickt“, kommentiert Silke Launert die Vorgehensweise von SPD, Grünen und FDP.

### Gemeinsamer Einsatz für die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale



Vor einigen Jahren wurde das Projekt Franken-Sachsen Magistrale, welches die Bundesländer Bayern und Sachsen sowie Tschechien auf der Schiene verbindet, als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft. Nun geht der Kampf weiter. Im Februar trafen sich zwölf Abgeordnete von Union, Grüne, FDP und SPD zum gemeinsamen Austausch über das Projekt in Berlin. „Wir müssen weiter auf allen Ebenen mit Nachdruck dranbleiben und parteiübergreifend zusammenarbeiten, sodass dieses auch für unsere Infrastruktur so wichtige Projekt endlich umgesetzt werden kann“, betonte Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert.

Das Projekt wurde 2022 aufgrund von mangelnder Wirtschaftlichkeit eingestellt. Bereits seit Jahren machen die Verkehrsminister der Länder Bayern und Sachsen, Landräte und Bürgermeister aus den betroffenen Regionen auf den schleppenden Ausbau des Schienenverkehrs aufmerksam. Ursprünglich soll das Vorhaben die Städte Nürnberg und Dresden miteinander verbinden. Derzeit ist die 390 Kilometer lange Strecke allerdings nur zwischen Dresden und Hof elektrifiziert. Bereits Ende September forderte der Haushaltsausschuss des Bundestages das Verkehrsministerium auf, das Nutzen-Kosten-Verhältnis für die Magistrale im Bereich der Ausbaustrecke Nürnberg-Marktdrewitz-Hof/Grenze zu Tschechien- Cheb neu zu berechnen. Die Abgeordneten sprachen während des Treffens über die Möglichkeiten der politischen Umsetzung und wurden dabei von Günter Finzel von der Stadt Bayreuth und Hagn Brosig von der Stadt Plauen unterstützt. Am Ende einigten sie sich auf die Gründung eines Parlamentskreises im Deutschen Bundestag, welcher sich dieser Thematik annehmen soll, um weitere Gespräche mit verschiedenen Beteiligten zu ermöglichen. Es war somit ein eindeutiges Signal: die parteiübergreifende Entschlossenheit hinter diesem Projekt ist groß.

## BERICHT AUS BERLIN

### Union drängt auf Verlängerung nationaler Grenzkontrollen

**Berlin.** Die nationalen Grenzkontrollen, welche seit Mitte Oktober 2023 nicht mehr nur nach Österreich, sondern auch nach Polen, Tschechien und der Schweiz bestehen, zeigen Wirkung: zwischen September und November 2023 ist die Zahl unerlaubten Einreisen um fast zwei Drittel von 21.375 auf 7.851 zurückgegangen. Die Bundespolizei solle nun langfristige Planungssicherheit bei der Fortsetzung ihrer erfolgreichen Arbeit haben, heißt es hierzu vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In ihrem Ende Februar in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag fordert sie die Bundesregierung daher dazu auf, „die nationalen Grenzkontrollen zu verlängern, bis die EU-Außengrenzen wirksam geschützt sind“. Deutschland brauche „auf unabsehbare Zeit sichere Grenzen, mindestens solange der Schutz an der EU-Außengrenze nicht vollständig funktioniert und die illegale Sekundärbewegung von Asilmigranten innerhalb der EU nicht eingestellt ist.“ Eine Verlängerung sei an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz über den 15. Juni hinaus und an der Grenze zu Österreich über den 11. Mai hinaus dringend erforderlich. Auch soll sich die Bundesregierung nach Ansicht der Unionsfraktion für eine Klarstellung im europäischen Recht einsetzen, sodass Personen, die bereits in anderen Mitgliedstaaten einen Asylantrag gestellt haben und entsprechend registriert worden sind, sowie solche Personen, die bereits eine Ablehnung ihres Asylantrags erhalten haben, bei eigenmächtiger Weiterreise innerhalb der EU an den Binnengrenzen zurückgewiesen werden können, auch wenn sie einen erneuten Asylantrag stellen.

### Immobilienverbände schlagen Alarm: Bau von Wohnungen kommt ins Stocken!

**Berlin.** Schon lange zeigte sich ab, dass die Bundesregierung ihre Bauvorhaben von 400.000 Wohnungen im Jahr nicht erreichen kann. Nun schlagen Immobilienverbände erneut Alarm! Im kommenden Jahr wird die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 720.000 ansteigen und bis 2027 sogar auf 830.000. Gleichzeitig geht der Bau von neuen Wohnungen nur schleppend voran. Grund dafür sind vor allem die Lieferengpässe für Materialien, gestiegene Preise, Fachkräftemangel sowie hohe Zinsen. Daher stellte das Frühjahrsgutachten der Immobilienweisen erneut eine Maßnahmenpaket vor, um der Krise entgegenzuwirken. Rückgang von Steuerbelastungen, Abbau von Bürokratie, mehr Wirtschaftlichkeit, niedrigere kommunale Auflagen und mehr baurechtliche Flexibilität heißen die Punkte. Nur so können ein weiteres schwieriges Jahr auf dem Bau gerade noch abgedämpft werden. „Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden ist für die Menschen mit das Wichtigste in ihrem Leben. Wenn dies nicht gewährleistet ist, besteht ein massiver sozialer Sprengstoff in der Demokratie“, äußerte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert.

## BERICHT AUS BERLIN

### Fehlprognose: Bundesregierung stellt Wirtschaftsbericht für das Jahr 2024 vor

**Berlin.** Mitte Februar stellte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Wirtschaftsbericht für dieses Jahr vor. Dabei wurde klar: Die Bundesregierung hatte sich mit ihrer Herbstprognose zur Wirtschaftslage deutlich verschätzt. Im November hatte Habeck noch von einem Wachstum von 1,3 Prozent für das Jahr 2024 gerechnet. Nun die bittere Enttäuschung: Das Wirtschaftswachstum liegt dieses voraussichtlich dieses Jahr bei nur 0,2 Prozent. Dabei schrumpfte bereits im vergangenen Jahr die Wirtschaft um 0,3 Prozent. Zudem kommt, dass viele Unternehmen ihre Betriebsstätten lieber ins Ausland verlegen als weiter in Deutschland zu produzieren. Eine deutliche Schlappe für den Wirtschaftssituation und den damit verbundenen Wohlstand in Deutschland. Das kritisiert auch die Unions-Fraktion im Bundestag. Sie fordern daher ein Sofortprogramm mit einer Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise flexiblere Arbeitszeiten, eine Deckelung der Lohnkosten bei 40 Prozent, eine Senkung der Unternehmenssteuer und eine Belastungs- und Bürokratiebremse. Nur so könne die Wirtschaft aus der Rezession herausgebracht werden. Mit dem Sofortprogramm würden längerfristige Maßnahmen geschaffen werden.

### Umfangreicher Austausch mit Vertretern aus der Wirtschaft beim gemeinsamen Wirtschaftsgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin

**Berlin.** Anfang Februar lud die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vertreter aus der Wirtschaft zum gemeinsamen „Wirtschaftswenden“-Gipfel im Deutschen Bundestag ein. Zahlreiche Unternehmer von kleinen, mittelständischen und großen Betrieben waren nach Berlin gekommen, um gemeinsam mit den Politikern zu diskutieren. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Fraktionsvorsitzendem Friedrich Merz. Anschließend folgte eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Gästen aus dem Bereich der Wirtschaft. Im Mittelpunkt der Gespräche stand dabei der Fachkräftemangel, die Energiepreise und die Bürokratie. Durch die Wortbeiträge der Gäste wurde deutlich, dass Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Es gibt immer noch zahlreiche Hindernisse, welche den Wirtschaftsstandort Deutschland schaden. Daher braucht es einfache Lösungen. Die Politik muss die Sorgen und Nöte der Betriebe ernst nehmen.





## BERICHT AUS BERLIN

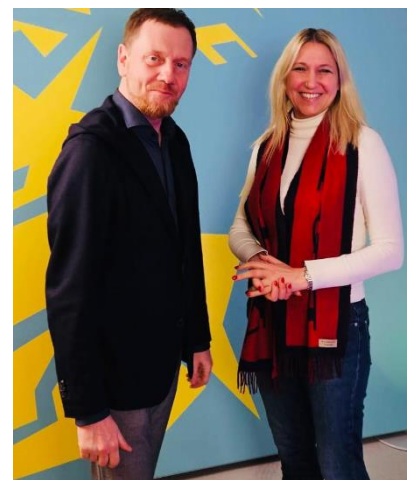
### CSU-Klausurtagung in Kloster Seeon

**Seeon.** Zum Auftakt des neuen Jahres 2024 traf sich die CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon. Mit dabei waren Bundestagsabgeordnete, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Vertreter der Staatsregierung. Drei Tage lang wurde sich intensiv ausgetauscht und diskutiert. Mit dabei waren auch zahlreiche Gäste wie die Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen, Europa-Spitzenkandidat Manfred Weber, der Präsident des Zentralrats der Juden Dr. Josef Schuster, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und die bulgarische Außenministerin Mariya Gabriel sowie der dänische Minister für Einwanderung und Integration Kaare Dybvad Bek. Insbesondere das Thema der Migration stand während der Klausurtagung im Vordergrund der Gespräche. Frau Dr. Ursula von der Leyen bekräftigte wieder einmal die Begrenzung der Migration als Lösung aus der Krise. Vor allem Dänemark kann dabei als Vorbild dienen. Minister Kaare Dybvad Bek zeigte auf, wie das Land bereits seit mehreren Jahren illegale Migration durch konsequenten Grenzschutz und die Reduktion von Pullfaktoren reduzieren konnte. Gleichzeitig wird die Integration durch strikte Anforderungen gefördert. Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Lauenert, welche ebenfalls dabei war, lobte dieses Vorgehen. „Endlich auch ein Sozialdemokrat, der den Mut hat, alle Herausforderungen und Probleme anzusprechen“, sagte sie.



Neben der Integration standen jedoch auch die Haushaltskürzungen im Bereich der Landwirtschaft und die damit angekündigten Proteste von Landwirten auf der Tagesordnung. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied machte bei seinem Besuch ganz klar deutlich, welche Konsequenzen die Kürzungen für viele Landwirte bedeutet. „Wenn Bauernhöfe weg sind, entstehen sie so schnell nicht mehr wieder“, erklärte Dr. Lauenert und bekräftigte die Unterstützung der CSU für die Anliegen der Bauern. Man stehe an der Seite der Landwirte gegen die einseitigen Belastungen der Ampelregierung. Stattdessen sei es wichtig den Mittelstand weiter zu entlasten, eine Arbeitsmarktpolitik des Forderns und Förderns sowie eine Haushaltspolitik ohne Ideologie. „Wir brauchen ein Jahr der Hoffnung statt der Sorge“, erklärte der bayerische Ministerpräsident und Parteivorsitzender Dr. Markus Söder. Denn so könne es nicht weitergehen. Näheres zu den Beschlüssen der Klausurtagung unter:

[https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/aktuell/CSU Direkt/CSU-DIREKT - Seeon24.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/aktuell/CSU_Direkt/CSU-DIREKT - Seeon24.pdf)



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Starkes Zeichen an die Ampelregierung!

**Bayreuth.** 2.500 Demonstranten von Logistikunternehmen, Landwirten bis hin zu Handwerkern aus ganz Oberfranken versammelten sich Ende Januar erneut in der Bayreuther Innenstadt, um ihren Unmut über die geplanten Kürzungen im Bereich der Landwirtschaft zu zeigen. Unter dem Motto „Es reicht – Oberfranken bewegt sich!“ hatte der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen zu der Kundgebung aufgerufen. Mit dabei waren auch einige Landes- und Bundespolitiker wie der CSU-Landtagsabgeordnete Franc Dierl und die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Nachdem sie bereits Anfang Januar Landwirte in Pottenstein besucht hatte, machte sie in ihrer Rede ihre Unterstützung deutlich: „Die Mittelsicht, unser Fundament fühlt sich übergangen! Während die Menschen tagtäglich sehen, dass bei ihnen gekürzt wird, der Staat ihnen zusätzliche Belastungen auferlegt, wird anderswo Geld mit der Gießkanne verteilt.“ Dies könne nicht so weiter gehen. Die Bundesregierung würde den Bürger faule Kompromisse vorgaukeln und der arbeitenden Mittelsicht keine Lösungen zeigen. Die Arbeit in der Landwirtschaft sei eine siebzig Stunden Woche, umso mehr müsste diese anerkannt und gewürdigt werden. Stattdessen streicht die Ampelregierung den Menschen das Geld. Aus diesem Grund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen neuen Antrag ins Parlament gebracht mit dem Ziel, die Landwirtschaft zu unterstützen, statt weiter zu ruinieren. Die gegenwärtige Krise der deutschen Landwirtschaft würde durch die geplanten Maßnahmen wie der Abschaffung der Agrardiesel-Vergünstigungen weiter verschärft werden. In ihrem Antrag fordert die Fraktion eine dauerhafte Fortführung der Agrardiesel-Steuerentlastungen und KfZ-Steuerbefreiung sowie eine ressourceneffiziente Landwirtschaft und eine Entbürokratisierung des Sektors. Zudem müssten die Investitionen ausgebaut werden, Umweltstandards überprüft und Biokraftstoffe eingesetzt werden. Nur so könne man der Landwirtschaft aus der angespannten Situation helfen. Kürzungen dagegen seien der falsche Ansatz.

Näheres zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010050.pdf>



@silkelanert



@launertsilke



[www.silke-launert.de](http://www.silke-launert.de)

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Hoch hinaus am Ochsenkopf!



**Bischofsgrün.** Sieben Minuten vom Tal hoch auf den Ochsenkopf. Das verspricht die neue Seilbahn an der Nordseite des Berges in Bischofsgrün. Nur neun Monate betrug die Bauzeit der Bahn, nachdem die alte Seilbahn samt Gebäude im März abgerissen wurde. Nun wurde die neue 10er-Kabinerbahn kurz vor Weihnachten endlich eingeweiht. Zahlreiche Ehrengäste, darunter auch der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder, waren nach Bischofsgrün gekommen, um die Seilbahn zu eröffnen. Leider konnte diese aufgrund des Sturmwetters an diesem Tag nicht den Berg erklimmen, doch die Situation trübte die Laune bei den anwesenden Gästen nicht.

Söder betonte vor allem die Bedeutung des Baus für die Tourismusregion Oberfranken. Durch die barrierefreie Nutzung sei es Sportbegeisterten, Familien und Leute mit Handicap möglich, den Ochsenkopf zu besteigen. Dies hob auch Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hervor. Das Projekt biete Signale der Zuversicht und Hoffnungen für die schöne Urlaubsregion rund um den Ochsenkopf. Es sei eine wahre Investition, denn 25,6 Millionen Euro kostete der Bau der Seilbahn. Nun soll die Südseite folgen.

### Stärke Antrinken mit dem Ortsverein Pegnitz



**Pegnitz.** Ein besonders erfreulicher Termin früh im neuen Jahr war das traditionelle Stärke Antrinken mit dem CSU-Ortsverband Pegnitz. Es begann mit der Begrüßung des Ortsvorsitzenden Stefan Krieg, der schon die brennendsten politischen Themen aufgriff: der Haushalt der Bundesregierung, gestiegene Energiekosten auch im Hinblick auf Landwirte sowie die gestiegene Steuer für die Gastronomie. Diese Themen erläuterte auch Frau Dr. Launert immer wieder und war z.B. der Meinung das Bauern ihre Proteste nicht aufgeben sollten. Sie behandelte, aber auch andere aktuelle Themen, die vielen Menschen Sorgen bereiten, wie das Bürgergeld und die aktuelle Entwicklung der Renten. Es kam zu kleineren Diskussionen, worüber die Abgeordnete sich sehr freute, denn ein reger Austausch ist für eine Demokratie wichtig, Politiker müssen wissen was ihre Bürger gerade bewegt. Anschließend folgten interessante Gespräche an den einzelnen Tischen.



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-launert.de

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Gemeinsam mit Landtagsabgeordneten Franc Dierl in Bayreuth unterwegs!

**Bayreuth.** Zum Amtseintritt des Bayreuther Landtagsabgeordneten Franc Dierl absolvierte er gemeinsam mit Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert Anfang Januar einige Besuche in Bayreuth. Sie wollten sich zusammen über Themen informieren, welche die Stadt aktuell bewegten. Dafür stand zuallererst ein Gespräch mit Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und CSU-Fraktionsvorsitzenden des Bayreuther Stadtrats Dr. Stefan Specht auf dem Programm. Gemeinsam informierten sie sich über Anliegen und Projekte der Stadt. Insbesondere die zukünftige Ausrichtung der Richard-Wagner-Festspiele stand im Mittelpunkt. Darüber hinaus waren die Baumaßnahmen der Graser-Grundschule, die Situation des Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasiums und die Vorgänge des Bayreuther Klinikums Teil des Gesprächs.



Anschließend ging es gleich weiter in das Polizeipräsidium zum oberfränkischen Polizeipräsidenten Markus Trebes und dem Vizepräsidenten Armin Schmelzer. Dabei erhielten die Politiker einen Einblick in die Sicherheitslage in Oberfranken. Insbesondere der Mangel an Mitarbeitern stellt auch die Polizei vor große Herausforderungen. Es ist wichtig, Nachwuchs für den Polizeiberuf zu finden. Denn nur so könne weiterhin der gewohnt stabile und professionelle Garant der inneren Sicherheit sichergestellt werden. Dies bekräftigten Dierl und Launert und garantierten ihren Rückhalt für die nötigen Ressourcen.

Daraufhin trafen sie sich mit Florian Rose, dem Geschäftsführer der DEHOGA Bayern. Dabei stand vor allem die Wiederanhebung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie sowie der Fachkräftemangel und die hohen bürokratischen Anforderungen im Mittelpunkt der Unterhaltung. Es wurde wieder einmal deutlich, dass gerade zum Jahreswechsel die Lage für viele Betriebe, wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer und zeitgleicher Erhöhung des Mindestlohns und den hiermit einhergehenden Lohnanhebungen, um das Gehaltsgefüge zu erhalten, finanziell schwer geworden ist. Mit dem Anstieg des Bürgergeldes würden zudem die Anreize zum Arbeiten immer geringer werden. Dr. Silke Launert und Franc Dierl versprachen, auch in Zukunft mit Herrn Rose in Kontakt zu bleiben und gemeinsame Aktionen anzustreben, um die Stärke und Vielfalt der regionalen Gastronomie in der Öffentlichkeit zu betonen.

Den Abschluss des Tages bildete ein Gespräch mit Vertretern der kleinen Wasserkraft im Bürgerbüro in Bayreuth. Die hohen und teilweise wechselnden Anforderungen an den Anlagen stellen die Betreiber von Wasserkraftanlagen zunehmend vor Probleme. Durch bürokratische Hindernisse würde es zudem auch im Bereich der Modernisierungsmaßnahmen immer schwieriger werden. Als Mitglied des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag wollte Franc Dierl diese Herausforderungen sofort einbringen. Und auch Dr. Silke Launert fand aufmunternde Worte: „Wir müssen die kleine Wasserkraft unterstützen, auch weil sie eine grundlastfähige Stromquelle ist.“



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Theaterabend in Bindlach

**Bindlach.** Am 5. Januar besuchte Frau Dr. Launert die Premiere des Dramas „Das Heiratsgenie“ der Theaterabteilung des TSV Bindlachs. Das Lustspiel wurde von Franz Rieder geschrieben und zeigt den Hauptcharakter Paul der, obwohl er meint die Welt werde untergehen, in Versuchung gerät zu heiraten. Doch schon bei seinen Bekannten sieht er die verschiedenen Fassaden des Ehelebens. Dieses humorvolle Stück wird von engagierten Freiwilligen noch bis Anfang Februar aufgeführt. Frau Dr. Launert war begeistert von den engagierten ehrenamtlichen Schauspielerunterstützern und der Möglichkeit, Kultur in der Heimat zu erleben.



### Tradition trifft auf Jugend und Party: Landjugend KV Bayreuth feiert Neujahrsempfang



**Heinersreuth.** Traditionen leben und dabei gemeinsam etwas erleben. Darum geht es bei der Landjugend. Der Kreisverband Bayreuth lud Mitte Januar zum Neujahrsempfang ein. Unter den Ehrengästen war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die darüber staunte und lobte, wie aktiv die Landjugend im Kreis Bayreuth ist. Im Kastaniengarten Heinersreuth begrüßten Esther Popp und Frank Parchent stellvertretend für den 1. Vorsitzenden Sebastian Feulner die Gäste. Feulner, der nicht selbst anwesend sein konnte, schickte eine Videobotschaft. Die stellvertretenden Vorsitzenden dankten allen Anwesenden, besonders den Spendern, für die finanzielle Unterstützung.

In Zeiten, in denen immer weniger Menschen für ein Ehrenamt, oder die Mitgliedschaft in Vereinen motiviert werden könnten, sei die Landjugend ein Beispiel wie es funktionieren könne, sagte Launert in ihrem Grußwort. Von der Offenheit, den Ideen und Festen profitierten alle. Im Anschluss blickte die Landjugend auf die zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen im vergangenen Jahr zurück und ehrte langjährige Mitglieder.

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Nachgefragt: Männerstammtisch tauscht sich mit Dr. Silke Launert aus



**Weidenberg.** Beim Männerstammtisch in der Bäckerei Wolf in Weidenberg traf Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert auf eine Gruppe von – wie sie sich selbst bezeichnen – „politisch interessierter, kritisch denkender Männer“. Regelmäßig kommt die Gruppe zusammen, um über aktuelle politische Ereignisse zu sprechen. Für den spannenden Austausch im Januar mit Launert hatten viele gute Fragen zur Tagung im Kloster Seon, zur aktuellen Politik in den Bereichen Haushalt, Migration, Landwirtschaft, Europa und vieles mehr vorbereitet.

### Arni's im Fichtelgebirge: Ein kleines uriges Hotel für Genießer und Entdecker

**Mehlmeisel.** Das Fichtelgebirge ist nicht nur für seine wunderschöne Natur bekannt, sondern auch für die zahlreichen kleinen Gasthäuser. Ein Geheimtipp ist dabei das Hotel Arni's in Mehlmeisel, welches seit 2,5 Jahren vom Ehepaar Thorsten und Ralph Arnold betrieben wird. Die beiden stammen aus der Nähe von Düsseldorf und haben im Fichtelgebirge ihre neue Heimat gefunden. Neben komfortablen Zimmern und einer entspannenden Sauna bietet das Hotel auch ein Bistro mit einer großen Auswahl an leckeren, preisgünstigen Gerichten an. Bürgermeister Franz Tauber und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freuten sich sehr über das Frühstück, welches sie bei ihrem Besuch Anfang Februar serviert bekamen und war beeindruckt von dem Mut und Engagement der Neubürger. Gemeinsam schauten sie sich die Anlage an und waren sich einig: Es gibt tolle Angebote im Fichtelgebirge.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Alarm: Krankenhausfinanzierung gefährdet die Versorgung auf dem Land

**Bayreuth.** Die finanzielle Lage der Krankenhäuser steht im Mittelpunkt der Sorgen von Trägern und Kommunen, so die gemeinsame Einschätzung der Klinikspitzen in Bayreuth und Forchheim. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert trafen sich Mitte Januar Vertreter des Gesundheitswesens, um die bestehenden Herausforderungen zu besprechen. Inflation, steigende Kosten und der Wegfall von Ausgleichszahlungen nach der Coronapandemie setzen den Kliniken zu. Die Geschäftsführer Dietmar Pawlik (Klinikum Bayreuth GmbH) und Sven Oelkers (Klinikum Forchheim Fränkische Schweiz) sowie Dr. Judith Neglein, leitende Oberärztin am Klinikum Forchheim, warnten vor verschärften Problemen. Besonders kritisch sei die Absenkung der Zahlungen der Länder für vorgehaltene stationäre Betten. Dabei kritisierte Dr. Neglein die übermäßige Regulierung und exzessive Dokumentationspflichten, die die Patientenversorgung beeinträchtigen. Sven Oelkers mahnte zudem an, dass das Entlassmanagement durch fehlende häusliche Pflegeoptionen und begrenzte Kurzzeitpflegeplätze zusätzliche Kosten verursacht. Und auch Dietmar Pawlik warnte vor einem möglichen Kollaps zahlreicher Krankenhäuser durch die geplante Krankenhausstrukturreform, was eine Unterversorgung in ländlichen Gebieten nach sich ziehen könnte.

Gemeinsam sprachen sie über mögliche Lösungsansätze wie beispielsweise realistische Planungen für den Bedarf an Betten und Standorten, die Reduktion von Überregulierung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen und eine Öffnung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM) für Regionen mit fachärztlicher Unterversorgung. Dr. Launert betonte die Dringlichkeit einer Überprüfung der Krankenhausfinanzierung und forderte politische Maßnahmen, um einen unkontrollierten Kollaps und eine Versorgungskrise zu verhindern. Aus diesem Grund möchte sie die Anregungen auf jeden Fall nach Berlin bringen und den Dialog mit den lokalen Ansprechpartnern fortsetzen.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Mahnfeuer in Waischenfeld

**Waischenfeld.** Auf Einladung der Landwirte aus Waischenfeld versammelten sich Ende Januar mehrere Teilnehmer aus Bayreuth und Forchheim in dem Ortsteil Seeling, um gemeinsam gegen die geplanten Kürzungen der Bundesregierung im Bereich der Landwirtschaft zu demonstrieren. Eingeladen waren auch der Bürgermeister der Gemeinde Seeling, Landtagsabgeordneten Franc Dierl und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Diese hielten zu Beginn der Proteste ein kurzes Grußwort. Silke Launert betonte vor allem, dass es weiterhin wichtig sei zu protestieren und somit Druck auszuüben. So würde die Bundesregierung in den Medien sehen, dass die Bauern nicht aufgeben. Jeden müsse klar sein, wo unsere Lebensmittel herkommen und wer sie in die Supermärkte bringt.



### Bauerntag in Betzenstein!

**Betzenstein.** Ende Januar fand wieder einmal der traditionelle Betzensteiner Bauerntag im Gasthof Herbst statt. Nach einer kurzen Eröffnungsrede des Vorsitzenden Karl Lappe, sprachen die anwesenden Ehrengäste, darunter Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, Landrat Florian Wiedemann und Betzensteiner Bürgermeister Claus Meyer ein kurzes Grußwort. Silke Launert erläuterte dabei vor allem die gegenwärtige Lage in Berlin: „Man kann nicht etwas abschaffen, solange die Alternative nicht funktioniert!“. Die aktuelle Lösung der Tierwohlabgabe sei keine wirkliche Lösung, sondern spalte die Landwirtschaft. Deswegen müssten die Proteste der Landwirte weitergehen. Florian Wiedemann schloss sich dem an, indem er die Bauern unterstütze und sich hinter die Forderungen des Bauernverbandes stellte. Der informative Vortrag „Tierhaltung in Bayern sichern“ zum Abschluss zeigte noch einmal die erhöhten Anforderungen an Tierhaltung in Deutschland, den Fleischkonsum und die Sparsamkeit bei Lebensmitteln auf. Nachhaltigkeit sei wichtig. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Plan, die Anbindehaltung zu verbieten, was für Bayern problematisch wäre. Der Bayerische Bauernverband schlug deswegen als Lösung z.B. eine Aufnahme der Ernährungssicherheit ins Grundgesetz, die Harmonisierung der Politik auf verschiedenen Ebenen sowie die Stärkung gesunder Wertschöpfungsketten vor. Alle Gäste waren sich einig, dass heimische Tierhaltung stärker unterstützt und mehr Perspektiven für heimische Wertschöpfung geschaffen werden müssen.





## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Gespräch mit Michael Schatz und Landwirten in Hollfeld



**Hollfeld.** Auf Einladung von Michael Schatz besuchte die Bundestagsabgeordnete Silke Launert den Hofladen der Familie „Graud & Rumm“ wo es tolle Gestecke, Dekoartikel und Blumen, sowie saisonale Obst- und Gemüsesorten zu kaufen gibt. „Mich begeistert es wirklich, wie talentiert und kreativ so viele Menschen gerade auf dem Land sind und was alles aus wenigen Materialien aus der Natur gestaltet wird!“, bemerkte die Abgeordnete nach einer Führung durch den Laden, der im ehemaligen Kuhstall der Familie Schatz betrieben wird.

Im Anschluss nutzen einige Landwirte, mehrheitlich Schweinehalter, die Gelegenheit, um in kleiner Runde ihre Anliegen an die Abgeordnete weiterzugeben.

Besonders, so die Landwirte, leiden sie unter den vielen bürokratischen Vorschriften und den ständigen Änderungen von Anforderungen im Bereich der Tierhaltung und Flächenbearbeitung. Zudem äußerten einige Teilnehmer der Gesprächsrunde, an der auch die Bayreuther Kreisbäuerin Angelika Seyferth teilnahm, Unverständnis, dass bei Vorschriftsänderungen nicht auf das Agrarjahr geachtet wird.

Klares Ziel muss sein, gerade kleinere landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten und sie nicht mit immer mehr ideologiebasierten Verboten zu belasten. Dafür ist Planungssicherheit seitens der Regierung unabdingbar, so die Bundestagsabgeordnete.



### Traditionelle Anbetung in Obertrubach

**Obertrubach.** Wie jedes Jahr organisierte die Pfarrgemeinde St. Laurentius die traditionelle Anbetung in Obertrubach. Von 9 bis 17 Uhr fanden an diesen Tagen stündliche Betstunden statt, die von Pfarrer Florian Stark geleitet wurden. Dabei endete die letzte Betstunde mit einer feierlichen Schlussprozession durch den Ort. 4000 kleine Feuer und Kerzen brannten auf den Hängen im Umland, wodurch der Ort in diesen Stunden in warmes Licht getaucht wurde. 90 engagierte Personen waren damit beschäftigt, die Lichter zu entzünden und die Dunkelheit zu vertreiben. Viele Gäste und Touristen waren in diesen Stunden nach Obertrubach gekommen, um sich dieses Erlebnis anzuschauen. „Ein schöner Brauch“, erklärte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und bedankte sich auch bei Pfarrer Florian Stark für seine Worte. Dieser nutzte die Gebetszeit um für den Frieden in Kriegsgebieten wie zurzeit in Israel und in der Ukraine zu beten.

Das feierliche Ritual endete mit einem Zusammenkommen der Gäste im Nebenhaus der Gemeinde, bevor es anschließend auf Einladung des Bürgermeisters zum Essen ging.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### CSU Schnabelwaid lädt zum Neujahrsempfang ein!



**Schnabelwaid.** Zum Auftakt des neuen Jahres veranstaltete der CSU Ortsverband Schnabelwaid seinen Neujahrsempfang im Schützenhaus Schnabelwaid. Mit dabei waren auch Landtagsabgeordnete Franc Dierl, Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion Stefan Specht. Die Veranstaltung wurde von Julian Hofmann, dem Ortsvorsitzenden eröffnet. Im Anschluss folgten Grußworte der beiden Ehrengäste. Franc Dierl sprach dabei über seinen Wahlkampf im vergangenen Jahr und bedankte sich für die Wahl zum Landtagsabgeordneten. Er lobte die Regierung in München, welche im Gegensatz zu, der in Berlin ihre Arbeit machen würde.

Dies bekräftigte auch Silke Launert. Die Ampelkoalition mache nicht nur schlechte Politik, sondern sei dabei auch noch von Arroganz geprägt. Darüber hinaus setze sie falsche Anreize und Schwerpunkte. Die Union trage dies nicht mit.

### Neujahrsempfang der CSU Fichtelberg und Jungen- Union Bayreuth-Land am Fichtelsee



**Fichtelberg.** Anfang Februar veranstaltete der CSU-Ortsverein Fichtelberg und Bayreuth Land einen gemeinsamen Neujahrsempfang bei idyllischer Kulisse im Hotel am Fichtelsee. Der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Adrian Bär begrüßte mit Fichtelbergs Bürgermeister Sebastian Voit die anwesenden Gäste. Anschließend ging es zu einer kleinen Wanderung um den See mit anschließender Stärkung in der Hütte. Dort informierte Sebastian Voit über bevorstehende Projekte in Fichtelberg, darunter Straßenausbauten, ein neues Altenheim und möglicherweise den Neubau einer Therme. Bernd Deyerling, Inhaber des Hotels am Fichtelsee, teilte ebenfalls seine Investitionsprojekte in Fichtelberg mit und kritisierte vor allem das Problem der fehlenden Investitionen mit der derzeitigen Unsicherheit.



Der Abend endete mit einem gemeinsamen Essen und einem gemütlichen Beisammensein, bei welchem die Teilnehmer die Gelegenheit hatten, sich in entspannter Atmosphäre auszutauschen.

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Jahreshauptversammlung der Frauen-Union Pegnitz



**Pegnitz.** Wie jedes Jahr fand im Februar die Jahreshauptversammlung der Frauen-Union Pegnitz statt. Zahlreiche Mitglieder waren ins Café Bär gekommen, darunter auch Landtagsabgeordneter Franc Dierl und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Nach einer kurzen Einführung durch die CSU-Ortsvorsitzende Regina Schrembs folgten verschiedene Berichte aus dem Landtag. Dabei betonte Franc Dierl die Unterstützung aus Pegnitz im Wahlkampf und lobte die Basis der CSU, insbesondere die Frauen- und Jungeunion dafür. Er dankte Gudrun Brendel-Fischer für die freundschaftliche Mandatsübergabe und freute sich über die effiziente Arbeit der bayerischen Regierung im Vergleich zur Bundesregierung. Dort läuft es nämlich aktuell nicht so gut. Die AfD gewinnt an Wählerstimmen und in der Bevölkerung mache sich eine große Unzufriedenheit breit. Dies merkte auch Silke Launert an und zeigte sich enttäuscht von der Koalition. Sie kritisierte, dass viele Parteien den Kontakt zu den Menschen vor Ort verloren hätten, was erkläre, warum die AfD vor allem in den neuen Bundesländern an Zustimmung gewinnt. Die Regierung würde bei der Mittelsicht sparen und stattdessen das Geld lieber bei Leistungserbringern für Bürgergeld und ideologische Hilfen für die ganze Welt ausgeben. So könne es nicht weitergehen.

### Senioren- und Frauenunion Bamberg Stadt diskutieren über Patientenverfügung

**Bamberg.** Auf Einladung des Kreisvorsitzenden der Seniorenunion Bamberg-Stadt, Dr. Karl Heinz „Charly“ Burger und seiner Frau Alice veranstalteten sie gemeinsam mit der Frauenunion Bamberg-Stadt eine Diskussionsrunde zum Thema „Patientenverfügung“. Aufgrund einiger Neuerungen in diesem Gebiet waren die anwesenden Teilnehmer sehr begeistert und interessiert, ihr Wissen aufzufrischen. Mit dabei war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Da sie zuvor als Betreuungsrichterin gearbeitet hatte, kannte sie sich gut mit der Thematik aus und brachte viel Erfahrung mit sich. So erhielt jeder Teilnehmer ein ausgedrucktes Formular für Vollmacht, Betreuungsverfügung und Textbausteine für eine schriftliche Patientenverfügung von ihr.



Während ihres Vortrages erklärte sie anschließend detailliert die Bestandteile und Bedeutung der Dokumente. Zum Abschluss ging sie dann noch einmal auf die Neuerungen ein. Dadurch verließen die Gäste nicht nur mit neuem Wissen die Veranstaltung, sondern hatten auch konkrete Hilfsmittel für ihre Vorsorge.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Online-Vertrieb von Backwaren: Bäckerei Pflaum aus Pegnitz macht es vor



**Pegnitz.** Backwaren online verkaufen. So lautete die Idee des Inhabers Heinrich Pflaum der Bäckerei Pflaum in Pegnitz. Im Jahr 2020 traf auch seine Bäckerei, welche bereits seit Großvater im Jahr 1905 gegründet hatte, der Fachkräftemangel. Nachdem Heinrich Pflaum keinen Nachfolger für das Geschäft finden konnte, baute er die Backstube aus der Bäckerei in sein Privathaus aus und stieg auf den Onlinehandel um. Seitdem gibt es seine Brezeln und Semmeln nun im Internet zu kaufen. Diese können dort bestellt und anschließend bei ihm abgeholt werden. „Eine sensationelle Idee“, findet Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und schwärmt bei ihrem Besuch der kleinen Backstube. Der neueste Renner: das sogenannte „Frankenbrötchen“, welches aus einer Kooperation mit dem Betrieb „Hofer Bratwurst“ entstanden ist.

### Zu Besuch bei der Albert-Schweizer-Schule

**Bayreuth.** Viele spannende Fragen stellten die Schüler und Schülerinnen der 8. Klassen der Albert-Schweizer-Schule ihrer Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert bei ihrem Besuch Ende Januar. Dabei erklärte diese zu Beginn erst einmal ihren Lebensweg und wie es dazu kam, dass sie in den Bundestag einzog. Anschließend beantwortete sie verschieden Fragen aus dem Publikum. Diese reichten von ihrem Leben als Bundestagsabgeordnete bis hin zur ihrer persönlichen politischen Meinung wie beispielsweise zu der Partei AfD. Sie war begeistert über das politische Interesse der Schüler in diesen jungen Jahren. Vor allem die direkten und offenen Fragen über die aktuelle politische Situation freuten sie sehr.



### Haag's Bürgermeister Robert Pensel wird 70 Jahre alt!



**Haag.** Anlässlich des 70. Geburtstags von Bürgermeister Robert Pensel veranstaltete die Gemeinde Haag einen kleinen Empfang. Gemeinsam im Dorfgemeinschaftshaus „Rotmainquelle“ feierten die Gäste ausgiebig. Dabei war auch Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche dem Bürgermeister gratulierte und ihm für sein starkes Engagement für die Gemeinde dankte.

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Zeit zum Handeln

**Gößmannsberg.** „Schön, dass ich unsere Sorgen und Probleme mal direkt loswerden kann“, lobt Schlossermeister Albin Hertling, Inhaber der Firma Metallbau Hertling und stellvertretender Obermeister der Kreishandwerkerschaft der Metallbauinnung Forchheim die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert. Denn die hat ihn in seinem Unternehmen in Gößmannsberg besucht. „Es ist das erste Mal, dass ich mich öffentlich politisch äußere. Aber es reicht wirklich“, äußert der Metallbaumeister weiter und erzählt ihr vom Aufruf des Bundesverbandes Metall am 19. Januar 2024. Unter dem Motto „Zeit zu machen“ forderte der Verband das Metallhandwerk auf, auf die sich zuspitzende Lage in der Branche aufmerksam zu machen.



An diesem Tag sollten die Betriebe um 11 Uhr die Arbeit für zehn Minuten niederlegen. „Wir haben das auch gemacht. Und gleich das ganze Dorf eingeladen, gegrillt und mit den Leuten diskutiert“, erzählt Hertling und sagt: „Die Menschen haben die Aktion so richtig positiv aufgenommen.“

Hertling ist unzufrieden mit der Ampel-Regierung: „Die entscheidet irgendetwas, was keiner versteht. Und sie erklärt nicht, warum so entschieden wurde.“ Schnell werde etwas vorgeschrieben, was dann aber oft kurz darauf wieder rückgängig gemacht werde. Er ist der Meinung, dass die Wirtschaft und die Bürger eine Regierung brauchen, die sich einig und stark ist und sich von Fachleuten beraten lässt. Dem stimmt die Bundestagsabgeordnete zu: „Ja, aktuell trifft eine kleine Gruppe ohne Basiserfahrung an der Spitze die Lösungen. Die Entscheidungen sind ideologisch geprägt, bei denen Strukturen erst mal zerschlagen werden.“ Albin Hertling stimmt dem zu: „Aber dadurch entstehen bei den Menschen Ängste und sie sperren sich. Und dann wird es schwer Kompromisse zu finden.“

Ihn belastet auch, dass die Bürokratie zunimmt. Als aktuelles Beispiel bringt er die im Dezember von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, dass selbstfahrende Arbeitsmaschinen nun eine eigene Versicherung benötigen. „Die waren bisher in der Betriebshaftpflicht. Der neue Verwaltungsaufwand bindet Fachkräfte.“ Diese würden sowieso überall fehlen: „Da fehlt mir auch ein politisches Konzept.“ Hertling berichtet von einem langjährigen Mitarbeiter, der in Rente ging und nach wie vor stundenweise bei ihm einspringen würde. Das mache er aber nicht mehr, weil die Abzüge zu hoch seien. „Ja, wir fordern, dass Menschen, die mehr leisten, auch etwas davon haben. Zum Beispiel sollen Überstunden steuerfrei werden“, entgegnet die Bundestagsabgeordnete. Sie will viele der vorgetragenen Ideen mit nach Berlin nehmen, muss aber zugeben: „Leider sind wir in der Opposition. Aber wir stellen zumindest Anträge, damit etwas passiert.“



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Kamingespräch beim CSU-Ortsverband Münchberg



**Münchberg.** Unter dem Motto „Die (falsche) Haushaltspolitik der Ampel“ hatte CSU-Ortsvorsitzende Rainer Frisch einige Mitgliedern der CSU, Jungen Union und Frauenunion sowie interessierten Bürgern zu einem politischen Kamingespräch eingeladen. Dabei stand insbesondere die Haushaltspolitik im Fokus beim gemeinsamen Treffen im Café Dora in Münchberg. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert führte zu Beginn die Lage in der Haushaltsfindung und erklärte aktuelle Entwicklungen aus dem Ausschuss. Themen wie der Unterausschuss Europäische Union, Gelder des Etats Arbeit und Soziales und die Klage gegen den verfassungswidrigen Haushalt der Ampel standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion aus dem Publikum. Dabei weitete sich die Fragen auch bezüglich Neuwahlen, dem Bürgergeld, Migration und dem Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Die Veranstaltung endete mit einer offenen Gesprächsrunde. Es war also ein sehr informativer und gelungener politischer Austausch in Münchberg.

### Besuch bei Sanitätshaus Urban&Kemmler: Diskussion über Gesundheitspolitik und Wettbewerbsverzerrung

**Bayreuth.** Mitte Januar besichtigte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert das Sanitätshaus Urban&Kemmler in Bayreuth. Nach einem kurzen Rundgang in der Filiale sprach sie mit Inhaber Bernd Urban über die aktuellen Probleme im Bereich der Gesundheitspolitik. Dabei teilte dieser seine Sorgen über das Arzneimittelgesetz und die Beteiligung von Krankenhäusern an Sanitätshäusern mit. Dies würde zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Es bräuchte die Politik, um mithilfe einer Gesetzänderung dem entgegenzusteuern. Dr. Silke Launert teilte die Auffassung und erklärte, sich mit ihren Kollegen aus der Fraktion damit auseinander zu setzen und diese Thematik öffentlich zu machen. Doch es gab auch positive Gesprächsthemen wie die geplante orthopädische Werkstätte in der Hohen Werte. Das freute Silke Launert natürlich besonders.

**Urban & Kemmler**  
Centrum für technische Orthopädie

## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Gespräch mit Baufirmeninhaber Bernd Redel



**Pottenstein.** In der vergangenen Woche besuchte die Bundestagsabgeordnete Silke Launert die Baufirma von Bernd Redel in Pottenstein. Dort konnte Sie bei einer Führung über das Betriebsgelände und einem mehrstündigen Gespräch, gemeinsam mit der Ortsvorsitzenden der CSU Birgit Haberberger, einen guten Einblick gewinnen. Die Firma ist im Garten- und Landschaftsbau tätig und besteht seit mehreren Jahrzehnten. Mit den Worten „Toll, dass Sie sich so viel Zeit für uns nehmen“ begrüßte Bernd Redel die Abgeordnete. Nach dem Austausch über Themen der Baubranche und Herausforderungen für handwerkliche Betriebe im Allgemeinen, freute sich die Silke Launert über den politischen Austausch mit dem Firmeninhaber und der Kommunalpolitikerin Birgit Haberberger. „Wir müssen wir einen zweiten Termin ausmachen, um das Gespräch weiter fortzusetzen“, einigten sich Launert und Redel zum Ende des Besuchs.

### Fastenessen bei CSU in Pottenstein

**Pottenstein.** Kurz vor der Wahl des neuen Bürgermeisters in Pottenstein traf sich der CSU-Ortsverband Pottenstein zum traditionellen Fastenessen im Gasthof Bauernschmitt. Mit dabei waren auch Kreisvorsitzende der CSU Bayreuth-Stadt Dr. Silke Launert, MdB und Bezirkstagspräsident Henry Schramm, um die Bürgermeisterkandidatin Birgit Haberberger zu unterstützen. Nach dem gemeinsamen Heringessen mit musikalischer Begleitung lobten die beiden Gäste bei ihrer kurzen Rede insbesondere ihre Hartnäckigkeit und ihr Durchsetzungsvermögens. Dabei bot der Gasthof Bauernschmitt nicht nur eine angenehme Atmosphäre, sondern auch politischen Austausch mit der engagierten Kandidatin.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Luftballonaktion der CSU Bayreuth-Stadt!



**Bayreuth.** Anlässlich zu den Faschingstagen veranstaltete der CSU Kreisverband Bayreuth Stadt gemeinsam mit dem RCDS eine Luftballonverteilaktion. Den ganzen Vormittag über wurden die Ballons in der Innenstadt an die Kinder verteilt. Mit dabei war auch Landtagsabgeordneter Franc Dierl und Kreisvorsitzende Dr. Silke Lauenert, welchen allen Teilnehmern für die Unterstützung dankten.

### Politischer Aschermittwoch mit Innenminister Joachim Herrmann

**Bayreuth.** Die CSU Kreisverbände Bayreuth-Stadt und Bayreuth-Land luden dieses Jahr wieder zum traditionellen Politischen Aschermittwoch in den voll besetzten Herzogkeller ein. Als Redner war dieses Jahr der bayerische Innenminister Joachim Herrmann auf den Herzogkeller gekommen. Der Minister stellte in seiner Rede klar, dass die Innere Sicherheit in Bayern höchste Priorität habe. Gerade von der Bundesregierung wünscht er sich aktuell ein klareres Bekenntnis zu mehr Sicherheit, gerade nachdem diese die Mittel für den Katastrophenschutz im Bundeshaushalt gekürzt hatte. Zudem müssten im Bereich der Migration endlich klare Signale aus Berlin kommen. Auch die beiden Kreisvorsitzenden, Dr. Silke Lauenert, MdB und Franc Dierl, MdL stellten fest, dass die Bundesregierung so unbeliebt sei wie noch nie und dies auch negative Auswirkungen auf die Zufriedenheit auf die Politik insgesamt habe.

Zum Abschluss seiner Rede betonte Herrmann, dass die AfD keine sonnvolle Alternative ist. Diese wolle die NATO und die EU verlassen und stelle somit ein Sicherheitsrisiko für Deutschland dar.





## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### Neujahrsempfang bei Ministerpräsidenten Markus Söder in München

**München.** Anlässlich des neuen Jahres veranstaltete der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in der Münchner Residenz den traditionellen Neujahrsempfang. Bei schöner Kulisse in der Innenstadt der Landeshauptstadt wurde gefeiert, diskutiert und genetzwerkt. Viele Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Politik, darunter auch Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, waren gekommen, um das neue Jahr einzuläuten. Zu Beginn der Veranstaltung hielt Ministerpräsident Markus Söder eine kurze Rede, in welcher er die zahlreichen Gäste begrüßte und einen kurzen Einblick in die Vorhaben für 2024 gab. Anschließend wurde ausgiebig gefeiert. Dabei traf Silke Launert viele bekannte Gesichter wie den Bayerischen Justizminister Georg Eisenreich oder den Sänger Lou Bega, aber auch ehrenamtliche Aktive aus der Region wie Melanie Walter von der Kinderfeuerwehr Bischofsgrün. „Ich freue mich sehr, so viele bekannte Gesichter zu treffen“, betonte sie. Wie bereits im vergangenen Jahr, sei der Neujahrsempfang ein absolutes Highlight gewesen. Eine Tradition, die hoffentlich noch die nächsten Jahre weitergeführt werde.



### FU-Bayern trifft sich zur Klausurtagung in Bad Aibling



**Bad Aibling.** Unter dem Motto „Gemeinsam für eine starke Zukunft“ fand am ersten Märzwochenende die diesjährige Klausurtagung der Frauen-Union Bayern in Bad Aibling statt. Die zweitägige Veranstaltung versprach sich neben einem intensiven Austausch über die aktuellen politischen Herausforderungen, auch die Gelegenheiten mit der FU-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Prof. Dr. Angelika Niebler ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus waren die Landtagspräsidentin Ilse Aigner und die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf sowie zahlreiche Bundes-, Bezirks- und Kommunalpolitikerinnen dabei. Und auch Oberfranken war in der oberbayerischen Gemeinde gut vertreten. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich sehr, so viele bekannte FU-Gesichter zu sehen. Beim gemeinsamen Abendessen bestand dann die Möglichkeit, neue und alte Kontakte zu treffen.



## BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

### **Bürgersprechstunde in Ebermannstadt und Bayreuth!**

Aufgrund der vielen Rückmeldungen nach den Bürgergesprächen in Ebermannstadt, Pegnitz und Bayreuth im Januar, kommt Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert am 05. März 2024 noch einmal nach Ebermannstadt und hält eine Bürgersprechstunde am 26. März in Bayreuth ab.

Für Anmeldungen ist das Wahlkreisbüro Bayreuth zuständig. Dieses erreichen Sie unter der E-Mail-Adresse [silke.launert.ma02@bundestag.de](mailto:silke.launert.ma02@bundestag.de) oder telefonisch unter der Nummer 0921/76430 21

---

#### Impressum:



Bundestagsbüro  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[silke.launert@bundestag.de](mailto:silke.launert@bundestag.de)  
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth  
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth  
[silke.launert.ma02@bundestag.de](mailto:silke.launert.ma02@bundestag.de)  
T.: 0921/76430 21